

# Die Rote Krähe



beherzt sozial gerecht  zielbewusst links herum

Die Zeitung der Partei *DIE LINKE*. Kreisverband Krefeld  
1. Jahrgang / Nummer 1      jeden Monat neu      Donnerstag, 1. Mai 2008



## 1. Mai *Tag der Arbeit*

Wieder einmal begehen wir diesen Tag unter gemischten Vorzeichen, nämlich in Freude über das in mehr als 100 Jahren Erreichte, aber auch im Gedenken an die im Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unterdrückung erlittenen, meist gnadenlosen Rückschläge. Morgen jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem die Horden der Nazis die Gewerkschaftshäuser Deutschlands stürmten und dann Gewerkschaftler wie andere unschuldige Bürger oft genug grausam bis in den Tod trieben (2. Mai 1933).

Den heutigen 1. Mai, in Nordrhein-Westfalen als „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und

Menschenwürde“ gesetzlicher Feiertag, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund unter das Motto gestellt: **Gute Arbeit muss drin sein!** Beides, der offizielle Appell an alle, genauso wie die Forderung des DGB nach gerechtem Lohn, erinnert uns daran, dass der Kampf noch nicht gewonnen ist. Globale Triebkräfte zwingen uns überdies zu ständig höchster Wachsamkeit! Nutzen wir also gemeinsam den Tag, unser Vertrauen in die gerechte Sache zu festigen und durch unser Selbstwertgefühl die noch Zögernden mitzureißen!

### Aus dem Inhalt:

- Nachtbus	S. 2
- ALZ vor dem Aus?	S.3
- Arge Krefeld	S.4
- Gesamtschule	S. 5
- Ausländeramt	S. 5
- Sudoku	S.10
- Das Allerletzte	S.12

## Vorab,

liebe Leserin, lieber Leser, möchte ich mich vorstellen:

Ich bin „Die Rote Krähe“, neu und tauf frisch, aus Krefeld. Meine Ziehmutter, die Partei *DIE LINKE.*, hat mich dazu ausersehen, als bekanntermaßen kluger Vogel in gewissen Zeitabständen hörbar zu krähen. Ich soll dadurch wachrütteln, zum Nachdenken anregen, Dinge zurechtrücken, aufklären und aufdecken, vor allem aber auch viele Irrtümer richtig stellen.

Ich habe mich dazu unter der Bedingung bereit erklärt, dass mein Krähen sich auch dadurch vom Gekrächze anderer bunter Vögel unterscheidet, dass ich zwischendurch auch mal mit einem Auge zwinkere und, ohne die Losung „beherzt sozial gerecht“ je aufzugeben, mein Gefieder ausgiebig vor Lachen schütteln darf. Mit mir schieben Sie also keine Langeweile, ich bin immer in Bewegung, bodennah. Manchmal hebe ich plötzlich ab, aber nur, um dann wieder auf ein „gefundenes Fressen“ herabzustoßen.

Übrigens: Mich zwingt keiner in einen Käfig, auch Sie nicht! Wenn Sie trotzdem über mich meckern wollen, tun Sie das! Lieber hätte ich natürlich, dass Sie mich loben, was beflügelt! Und nun wünsche ich viel Spaß mit mir und flöte Ihnen ins Ohr: Bewahren Sie mich gut auf – bis zum nächsten Mal.

Ihre Rote Krähe

## **Nachtbus in Krefeld soll kommen – ein wichtiger Schritt, reicht aber noch lange nicht aus**

Wie der Lokalpresse zu entnehmen war, soll auch Krefeld endlich ein Nachtbusangebot erhalten und außerdem die Fahrzeit der Linie U76 in die Nacht hinein verlängert werden. Diese Maßnahmen sind definitiv als Schritte in die richtige Richtung hin zu einem attraktiveren Nahverkehrsangebot zu begrüßen.

Dennoch dürfen diese Vorhaben nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Angebot der SWK Mobil in Krefeld weit davon entfernt ist, als attraktive, umweltfreundliche Alternative zum Auto die Menschen in Krefeld zum Umsteigen zu bewegen. Es mangelt hierbei sowohl an einem für eine Großstadt wie Krefeld ausreichenden Linienangebot, als auch an ausreichend dichten Taktzeiten für die vorhandenen Linien.

Dies wird sich aber nicht ändern, solange die SWK aufgrund von zusammengestrichenen Subventionen gezwungen ist, ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu handeln. Öffentliche Verkehrsmittel dienen dem Wohl der Allgemeinheit und dem Umweltschutz und sollten auch dementsprechend behandelt und subventioniert werden.

*mp*

## *Soziale Stadt Krefeld?*

### **Keine Unterstützung für das ALZ**

Nach der Entscheidung des Hauptausschusses der Stadt Krefeld gegen das Arbeitslosenzentrum (ALZ) muss die Frage, ob Krefeld eine soziale Stadt ist mit einem eindeutigen NEIN beantwortet werden. Die sogenannten bürgerlichen Parteien (CDU und FDP) konnten sich nicht dazu durchringen, dieser sinnvollen, sozialen Einrichtung mit einer für die Stadt geringen Summe von €10.000 auszuhelfen, damit die Arbeit für das Jahr 2008 fortgesetzt werden kann. Damit steht die Zukunft einer Institution auf dem Spiel, die seit über 20 Jahren gute Arbeit für die Bürger der Stadt Krefeld leistet. Soviel zum Anspruch dieser Parteien bürgerlich zu sein. Dann wäre da noch die Partei mit dem C für christlich im Namen, die es wenig interessiert, dass das ALZ christliche Kirchen als Träger hat und mit der Hilfe für Arme und Schwache eine zutiefst christliche Aufgabe übernimmt. Was vermuten lässt, dass diese Partei das C nur zum Schein führt und nicht wirklich dahinter steht.

Das Motiv für das Versagen der Unterstützung liegt jedoch ganz woanders. Ein Großteil der Arbeit des ALZ besteht darin Arbeitslose zu unterstützen,

die sich an diese Einrichtung wenden, wenn ihnen von der Agentur für Arbeit oder der ARGE zustehende Leistungen ungerechtfertigterweise verweigert werden. Sie erhalten dann fachkundige Unterstützung um zu ihrem Recht zu gelangen. Durch das Verweigern von Leistungen sparen die Behörden allerdings Geld ein und hierbei ist das Arbeitslosenzentrum der Stadt ein Dorn im Auge. Denn die derzeitige Mehrheit im Krefelder Stadtrat gibt das Geld lieber für diverse Prestigeprojekte aus (z.B. das „Theater auf Zeit“ für 600.000 EUR), anstatt es den Menschen zu geben, die es dringend benötigen .

*mp*



*Foto: GI*

# Die ARGE Krefeld auf Platz 1 –

## Aber zu welchem Preis?

Am 8. April 2008 wurden im Sozial- und Gesundheitsausschuss die Zahlen der ARGE Krefeld für das Jahr 2007 bekannt gegeben. Die Zahlen können sich sehen lassen, die Krefelder ARGE liegt bei den Vermittlungen im Vergleich mit 27 anderen Großstädten auf dem 1. Platz. Diese Zahlen wurden als Erfolg für das Konzept der ARGE und der Hartz-Gesetze gefeiert. Aber was steckt wirklich dahinter? Wie sieht es bei den Betroffenen, Arbeitssuchenden aus? – Die Betroffenen zahlen den Preis für den Erfolg der ARGE. Obwohl das ursprüngliche Konzept „Fördern und Fordern“ lautet, läuft es letztlich nur aufs Fordern oder besser gesagt Drangsalieren hinaus. Nach den Hartz-Gesetzen muss man als Arbeitslosengeld II-Empfänger jede „zumutbare“ Arbeit annehmen. Wobei der Sachbearbeiter der ARGE entscheidet was zumutbar ist. Für die Betroffenen bedeutet das, dass Sie jeden angebotenen Job annehmen müssen, egal ob Sie mit der entsprechenden Arbeit zurechtkommen oder nicht. Denn für einen unterbezahlten Aushilfsjob benötigt man keine Qualifikation, also ist auch jeder in der Lage einen solchen Job auszuführen. Wer sich weigert, weil er sich z.B. körperlich nicht dazu in der Lage sieht, eine bestimmte Arbeit zu machen, dem wirft man automatisch vor, nicht arbeiten zu wollen.

Was darauf hinausläuft, dass die ohnehin kärglichen Hartz IV-Almosen weiter gekürzt werden. Die ARGE sagt damit: „Entweder Sie nehmen die Stelle an oder Sie müssen hungern!“ Unter diesen Umständen ist es keine Kunst hervorragende Vermittlungszahlen zu präsentieren. Menschen mit solchen Repressalien in Arbeit zu zwingen ist nicht weit von Zwangsarbeit entfernt. Dem Motto „Fördern und Fordern“, würde die ARGE eher gerecht werden, wenn sie die individuellen Fähigkeiten der Arbeitssuchenden stärker in Betracht ziehen und sie daraufhin fördern, das heißt mit Ausbildungen, Umschulungen, Qualifikationsmaßnahmen und entsprechender, zielgerichteter Vermittlung in Arbeit unterstützen würde. Aber dann könnte die ARGE der Stadt ja nicht mehr so schöne Zahlen vorstellen. Man könnte meinen, es hieße: „Die Würde des Menschen ist unantastbar...außer man ist auf Hartz IV angewiesen.“

*mp*



Foto: GI

## Krefeld braucht eine vierte staatliche Gesamtschule!

Die Anmeldezahlen der Gesamtschulen waren auch in diesem Jahr hoch, selbst wenn es durch einen sehr durchsichtigen Trick gelungen ist, weniger Anmeldungen als in den mehr als 10 Jahren zuvor zu erreichen. In ganz NRW wollen viel mehr Eltern ihre Kinder zur Gesamtschule schicken als Plätze vorhanden sind. In diesem Jahr werden wiederum ca. 15000 Kinder nicht die Schulform besuchen können, die ihre Eltern für sie ausgesucht haben. Bei keiner anderen Schulform ist dies der Fall!

Auch viele Eltern, deren Kinder eine Gymnasialempfehlung bekommen haben, wollten ihr Kind nicht auf das Gymnasium schicken, weil durch die Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr die Belastungen für die Kinder unverantwortlich groß sind. Wieder einmal wurde der Elternwille nicht respektiert. Gesamtschulen sind so erfolgreich, dass die Landesregierung die Arbeitsbedingungen an den Schulen systematisch verschlechtert. Ein Vergleich der Abiturnoten der SchülerInnen in den gymnasialen Oberstufen der Gesamtschulen und Gymnasien hat ergeben, dass die GesamtschülerInnen lediglich um 0,2 Noten hinter denen der GymnasiastInnen lagen. Und das, obwohl in der Gesamtschule viele SchülerInnen ihr Abitur machen, die mit einer Haupt- oder Realschulempfehlung zur Gesamtschule geschickt wurden. Das zeigt, welche hervorragende Arbeit an Gesamtschulen geleistet wird. 2007 gab es so viele Ablehnungen, dass in Krefeld weitere zwei vierzügige und eine fünfzügige Gesamtschule hätten eingerichtet werden können. *DIE LINKE* fordert folgerichtig für Krefeld die Einrichtung einer vierten staatlichen Gesamtschule und bei entsprechenden Anmeldezahlen auch die fünfte und sechste!

vds

---

## Ausländeramt Krefeld: Der DGB fordert einen Runden Tisch

Um den diskriminierenden Umgang mit Ausländern durch das Krefelder Ausländeramt zu beseitigen, fordert der DGB die Einrichtung eines Runden Tisches. Dieses Amt hat zu Recht einen sehr schlechten Ruf. Miese Behandlung, ungerechtfertigte Hausbesuche, Einschüchterungsversuche - die Beschwerden der MigrantInnen häufen sich. *DIE LINKE* unterstützt die Einrichtung eines „Runden Tisches“, um die offensichtlichen Missstände zu beseitigen. *DIE LINKE* wird sehr aufmerksam den Umgang mit den ausländischen MitbürgerInnen beobachten und Missstände veröffentlichen. Trotz offizieller Beschwerden an OB Kathstede hat dieser im Fall der Familie Dabrock erst reagiert als die Bezirksregierung aufgrund einer Beschwerde ihn dazu aufforderte. Das ist ein Skandal!

vds

## Die ARGE - Instrument der Macht?

Vieles bei der ARGE Krefeld läuft nicht nur quer, sondern von Grund auf falsch. Wie allgemein bekannt, ist fast jeder 2. Bewilligungsbescheid nicht nur falsch, nein, er wird bewusst so berechnet. Bei vielen Informationen ist die ARGE in einer „Bringpflicht“, der entsprochen wird, dass man den Betroffenen eine Broschüre gibt, die für die meisten unverständlich ist. Damit ist die ARGE aus dem Schneider. Drohungen mit Sanktionen bei einem Fehlverhalten der Betroffenen sind normal, selbst vor Nötigung, Beleidigung, Erniedrigung u.v.m. schrecken einige Mitarbeiter der ARGE nicht zurück. Rechtsprechung und Gesetze werden teilweise ignoriert. Man setzt sich einfach darüber hinweg.

Welche Erwartungen kann man überhaupt an die ARGE stellen, wenn...

- Sätze wie „Sie sind Sozialhilfeempfänger und müssen damit leben“ fallen.
- ein Mehrbedarf für fettreduzierte Kost mit der Begründung, „Lebensmittel sind nicht teurer geworden“, abgelehnt wird und in anderen Fällen, wo die Erkrankung nicht so drastisch ist, anerkannt wird.
- Menschen gezielt in die Obdachlosigkeit getrieben werden.
- bei einer reinen WG zwischen einer Frau und einem blinden Freund, die nur den Zweck hat, dem blinden Freund zu helfen, von der ARGE schlussfolgernd eine Eheähnlichkeit gesehen wird, obwohl das Sozialgericht Düsseldorf eine Nichteinstehensgemeinschaft sieht, was die ARGE aber nicht interessiert und die Rente des Mannes trotzdem zum Gesamteinkommen rechnet.
- ein Gehbehinderter Mann (mit einem GdB von mehr als 50 und Pflegestufe 1) und seine Frau Pflegestufe beantragt, zum Umzug gezwungen werden, weil die Kaltmiete zu hoch ist, obwohl keine geeignete Wohnung zu einer niedrigeren Kaltmiete zu finden ist, die Frau sich dann auch noch von der ARGE-Mitarbeiterin sagen lassen muss, „Was wollen sie alte Kuh eigentlich von mir?“.
- das Arbeitslosenzentrum abgeschafft werden soll, weil es den Betroffenen hilft ihre Rechte durchzusetzen.
- Mitbürger ausländischer Abstammung, die der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, wie „der letzte Dreck“ behandelt werden.

Diese Liste könnte man noch stundenlang weiterführen, es liegt vieles im Argen bei der ARGE und ein Ende ist nicht zu sehen. Ist diese Arroganz und Ignoranz einiger ARGE – Mitarbeiter etwa Willkür, Unfähigkeit oder gar System??? Diese Zustände müssen sich ändern, damit Menschen wieder in Würde leben können.

**HARTZ IV muss weg, soziale Gerechtigkeit muss geschaffen werden.**

Offener Brief an die WZ, Düsseldorf, zu einem Kommentar ihres Brüsseler Korrespondenten

Sehr geehrter Herr Niewerth,

in einem Club der ewig Gestrigen und Unverbesserlichen kann ich keine Vernunft entdecken. Ist Demokratie unvernünftig? Wie viele Völker der 26 Natostaaten wurden je gefragt, ob sie diesem Club angehören wollten? Ist es nicht so, dass der einzig falsche Automatismus, den Sie in der Mitgliederwerbung vermuten, bereits darin besteht, EU-Mitgliedern (über die EU-Verfassung wird ja ebenfalls nicht abgestimmt) die Nato-Mitgliedschaft aufzuzwingen? Haben die ärmsten Länder Europas nichts Anderes zu tun, als sich modernste US-Waffen zuzulegen? Ich erinnere daran, dass Polen noch vor der offiziellen Mitgliedschaft in der EU aus Brüssel einen von uns mitgetragenen Vorschuss von 4 Milliarden Euro erhielt und gleichzeitig für den etwa gleichhohen Betrag Kampfflugzeuge in den USA einkaufte – übrigens mit der Entschuldigung, auf den Eurofighterjet könne man nicht warten! Was soll die Raketenabwehr in Polens Osten bewirken? Den Schutz Europas vor dem Iran? Lächerlich! Sie stärkt nur die US-Militärindustrie. Außerdem: Eine Sicht auf den Globus bestätigt unzweideutig, dass Raketen ihren ballistischen Flug vom Iran über Tschechien/ Polen antreten müssen, wenn sie in New York oder Washington einschlagen sollen!

Der Disput geschieht unter der Vorherrschaft der USA, um deren Weltmachtposition zu stärken, die sich immer mehr gegen das aufstrebende China behaupten muss, mit Billigung der hörigen europäischen Regierungen, die dabei innere Zwietracht und Ärger mit Russland in Kauf nehmen.

Dabei nimmt der außer in seinem eigenen Clan nirgendwo sehr geachtete US-Präsident keinerlei Rücksichten auf die Regeln weder der Demokratie noch der Verständigungsdiplomatie. Man stelle sich nur vor, Georgien, mit seinem Nachbarn Russland in ständigem Clinch verbissen, würde als Nato-Mitglied Grenzscharmützel provozieren – eine Horrorvision! Die Lösung des Automatismus-Problems wurde längst verschlafen. Welches Interesse haben wir eigentlich am Weiterbestand der Nato, nachdem es den Warschauer Pakt nicht mehr gibt und der Kalte Krieg angeblich auch offiziell beendet ist?

Wir brauchen statt dessen Frieden und Wohlstand in Europa und die Wiederherstellung unserer demokratischen Ordnung. Am Rockzipfel der USA ist dies nicht zu erreichen!

Mit freundlichem Gruß

Jürgen Klaus

# WOLKENBRÜCHE (1)

## Monatssatire von Jürgen Klaus

### WA(H)RUM – WAS WIR TUN ODER LASSEN KÖNNTEN

Die Rentenreform ist noch nicht abgeschlossen. Stattdessen werden unsere Kinder und wir selbst, wie auch unsere Enkelkinder, sich darauf einzurichten haben, zunächst bis zum 80. Lebensjahr die immer größer klaffende Schere zwischen 1,1%iger Erhöhung und 3%iger Teuerung (derzeitige Hartz IV- und Rentenerniedrigung) auszuhalten. Wer dann immer noch lebt, ist unweigerlich fristlos in die absolute Armut entlassen. Spätestens dann sollten alle, die das nicht schon vorher vollzogen hatten, ihr Glück in Schwarzafrika suchen, denn natürlich kann unser Land außer der immensen Rentenerhöhung nicht auch noch die von der UNO verlangten 0,7% seines Reichtums für Entwicklungshilfe in den Urwald oder den Wüstensand setzen. Somit lebt man in jenen Ländern noch viel billiger (z.B. Heizung) und stirbt auch früher (Hunger/AIDS)!

Die Bundeswehr wird nach Konferenzbeschluss der nun 26 NATO – Staaten offensiver werden, um mitzuhelfen, den Segen der westlichen Demokratien weltweit zu verkündigen. Auf konventionelle Bewaffnung wird dabei weniger Gewicht gelegt (Erfahrungen: Vietnam / Somalia / Jugoslawien / Irak / Afghanistan / etc.), sondern eher auf missionarische Wirkungen von streng vertraulichen Einzelaussprachen mit den Kämpfern dort; nach Überzeugung des George W. Bush ist das effektiver. Auch kann man soldatische Langeweile durch das Anheuern beim außermilitärischen Zivildienst (AmiZiv) umgehen. Dessen Aufgabe ist es, global dafür zu sorgen, dass sich korrupte Regime eher den NATO-Staaten als Konkurrenzländern gegenüber z.B. mit Schürfrechten für fossile Brennstoffe, Bauaufträgen für \*\*\*\*\*Hotels und dem Ankauf von Waffen jeder Tötungsart gefällig zeigen (Geheimdienstler bevorzugt)!

Über die Bildung wird in unseren Parlamenten gestritten, seit wir im PISA - Test nur mäßige Wertungen erreichen. Kaum jemand erkennt, dass wir das menschenrechtswidrige System der Auslese (Einschätzung der UNESCO) bei Kindern im Entwicklungsalter von erst 10 Jahren abschaffen müssen. Denn es erlaubt nur den Reichsten und Schönen, Eliten zu bilden, obwohl deren Hohlköpfe doch genauso leer sind wie die der Familie Hempel von nebenan, deren Kinder immer so nett grüßen. Die Elite duldet neben und hinter sich keine Konkurrenz, da liegt der Grund für die neue Dummheit der Deutschen! Wir raten daher allen armen und klugen Kindern dazu, noch vor dem 10.Geburtstag unser Land zu verlassen und sobald es geht die Eltern nachzuholen, bevor weitere Geschwister aufs Abstellgleis geraten!

*Wurden Sie vom Blitz des Geistes getroffen?*

Fortsetzung folgt demnächst an dieser Stelle, denn:

Niemand soll im Regen stehen bleiben!



## Muttersprachlicher Unterricht ist ein Menschenrecht!

Mehrsprachigkeit ist eine wünschenswerte Eigenschaft – da sind sich alle PolitikerInnen einig. Allerdings vernachlässigt die Politik im Land NRW die natürliche Mehrsprachigkeit der Kinder und Jugendlichen mit nicht-deutscher Familiensprache.

Man braucht gar nicht alle FachwissenschaftlerInnen zu bemühen, die seit Jahren der Politik immer und immer wieder predigen,

- dass der Ausbau der muttersprachlichen Kompetenz auch die Fähigkeiten in der deutschen Sprache befördern,
- dass das Brachliegenlassen der Familiensprache zu Schwierigkeiten in der deutschen Hochsprache führt und auch das Erlernen weiterer Fremdsprachen behindert.
- Man muss sich doch nur vor Augen halten, warum in NRW Deutschunterricht für Deutsch sprechende Kinder und Jugendliche erteilt wird:
- weil die in der Familie gesprochene Sprache nicht ausreicht, um unterschiedliche Textsorten zu beherrschen,
- weil der Wortschatz der Familiensprache auf bestimmte Themen konzentriert ist
- weil man sich beim Essen kaum über Literatur und Sachtexte unterhält, weil man in der Familie keine Texte schreibt!

Das alles lernen Deutsch sprechende Kinder im Deutschunterricht – und genau das sollen SchülerInnen nicht deutscher Familiensprache in der Muttersprache ebenfalls erlernen!

Bisher ist der Muttersprachliche Unterricht (MSU) in NRW noch vom Land organisiert und kontrolliert. Allerdings will sich das Land NRW mehr und mehr daraus zurückziehen und den MSU in die Hand ausländischer Staaten geben. Die offizielle Begründung dafür lautet, dass es nicht genügend Lehrkräfte für den MSU gäbe. Dieses Problem ist hausgemacht:

Wenn man bedenkt, dass in wenigen Jahren in ALLEN Großstadt-Schulen NRWs mehr als 50% SchülerInnen mit Migrationshintergrund beschult werden, so liegt hier doch eindeutig die Zukunft NRWs! Wer diese jungen Menschen nicht umfassend fördert und alle ihre Fähigkeiten entwickelt, verschenkt auch eine ökonomische Ressource: die hohe Qualifikation der nächsten Generation. Aber Menschen sind nicht nur ökonomische Faktoren, sondern sie haben – wie der Menschenrechtsbeauftragte der UNO Dr. Muñoz bei seinem Besuch in Deutschland sagte – ein Menschenrecht auf Bildung, also auf die umfassende Förderung aller ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten. Und nach Muñoz dürfen sie nicht durch ein Schulsystem daran gehindert werden, das ihnen diese Möglichkeiten nicht zur Verfügung stellt. Nur die zweisprachige Alphabetisierung gewährleistet, dass alle Kinder - unabhängig von ihrer Familiensprache - die Chance erhalten, ihre sprachlichen und intellektuellen Fähigkeiten vollständig auszuschöpfen!

Alle Fachwissenschaftler/innen stimmen darin überein, dass Sprach- und Denkprozesse eng miteinander verknüpft sind und der Aufbau sprachlicher Kompetenz zuallererst in der Muttersprache (oder Erstsprache) und dabei auch gleichzeitig in der Zweitsprache (also Deutsch) erfolgen sollte! So fordert es auch der Europarat!

Deshalb fordern wir:

- Auch die Fähigkeiten der Migrantenkinder zu entwickeln!
- Die Einhaltung der Uno-Menschenrechtskonvention auch in der NRW-Schulpolitik.
- Die flächendeckende Einführung von zweisprachiger Alphabetisierung in den Grundschulen!
- Die Ausbildung von Lehrkräften für den Muttersprachlichen Unterricht an NRW-Unis - wie für jedes andere Fach auch!

## Der kaputte Mensch...

...geht frohen Sinnes zu seiner ihm seit langem bekannten Krankenkasse: „Sagen Sie bitte, Sie als gesetzliche Kasse müssen mich doch wieder bei sich aufnehmen, stimmt's?“

„Wie lange sind Sie denn nicht mehr Mitglied? Ach ja, Moment, Sie sind da ja noch registriert. Natürlich, sicher, wir nehmen Sie gern wieder auf. Ich kenne Sie doch noch. Sie sehen aber gar nicht gut aus! Was ist denn mit Ihnen?“

„Ich weiß nicht, deshalb muss ich mich ja auch untersuchen lassen.“

„Augenblick..., seit April letzten Jahres, steht hier, belaufen sich die ausgefallenen Beitragszahlungen auf 1.623,87 Euro. Wann wollen Sie die denn bezahlen?“

Der kaputte Mensch schlägt die Augen nieder und geht - trüben Sinnes.

1				8				9
	3			2			1	
			6		5			
		8				1		
5	7	2		3		8	9	4
		1				2		
			9		8			
	8			6			4	
6				4				8

So löst man Sudoku:

In jeder waagerechten Zeilen und jeder senkrechten Zeile, und in jedem Kleinquadrat von 3 mal 3 Kästchen müssen die Zahlen von 1 – 9 nur jeweils einmal vermerkt werden.

## Na, so wat...!

Ein Tourist in Berlin will seiner Tochter ein Plüschtier mitbringen und betritt ein Spielwarengeschäft:

„Führen Sie auch Affen?“, fragt er den Verkäufer erwartungsvoll, der den Fremden kurz betrachtet und dann sagt:

„Warum nich! Nu jerade kann ick aber leider nich weg!“

## Das aktuelle Sorgenalphabet - nicht nur als Buchstabierhilfe (1)

A	wie	Alters- und Kinder-Armut
B	wie	Bildungsnotstand
C	wie	CO <sub>2</sub> -Ausstoß
D	wie	Deutsche Bahn
E	wie	Energiepreise
F	wie	Frauenlöhne
G	wie	gesetzlicher Mindestlohn
H	wie	Hartz IV
I	wie	Intoleranz gegen Fremde
J	wie	Jugendarbeitslosigkeit
K	wie	Krankheitskosten
L	wie	Lobbyismus
M	wie	Manager/Mrd.-Verluste
N	wie	Neonazis
O	wie	Online-Überwachung
P	wie	Privatisierungen
Q	wie	Qual der Wahl?
R	wie	Rentenloch
S	wie	Steuerflucht
T	wie	Teuerungsrate
U	wie	ungültige Gesetzesvorlagen
V	wie	Videobespitzelungen
W	wie	Wahlbetrug (MWSt)
X	wie	x-mal Gammelfleisch
Y	wie	Ypsilantisyndrom
Z	wie	zu viele Zweifel !

## Nützliche Telefon – Nummern

112	Feuer
110	Polizei
19218	Rettung
19222	Notarzt
6395-0	Caritasverband
36320-0	Diakonisches Werk
961920	Kinderschutzbund
564846	Tierrettung
773701	Arbeiterwohlfahrt (AWO)
775744	Arbeitslosenzentrum (ALZ)
360641	priv.Rat für ARGE- Kunden
86-0	<b>Stadt Krefeld</b>
86-2222	Bürger Fragen
86-2323	Fundbüro
86-3333	Umwelttelefon
500387	Sperrmüllabfuhr

### **Impressum:**

Herausgeberin:

DIE LINKE. Kreisverband Krefeld  
c/o Heidrun v. d. Stück, Tackheide 88, 47804 Krefeld  
Telefon: 02151/4498712 (AB)

[www.die-rote-kraehe.de](http://www.die-rote-kraehe.de)

Redaktion:

Felizitas Clemens (fc)  
Joachim Gabriel (gab)  
Jürgen Haseleu (jha)  
Georg Inderbieten (gi)  
Markus Petrikowski (mp)  
Heidrun v. d. Stück (vds)

V.i.S.d.P.:

Jürgen Klaus (jkl), Alexanderstr. 17, 47798 Krefeld  
Telefon: 02151/7597483

### **Druck:**

Gabriele Rosinski, Priesters Hof 39, 45472 Mülheim  
a.d.Ruhr

## Jugendarrest für Angriff auf Afrikaner - konnte der Prozess Mut machen, um gegen rechte Gewalt einzutreten?

Dazu erklärt der jugendpolitische Sprecher der Partei *DIE LINKE*. Krefeld: Der am 25. März beendete Strafrechtsprozess gegen zwei Mitglieder der Krefelder Naziszene war ein hochpolitisches Verfahren. Bereits kurz nach dem rassistischen Übergriff auf einen aus Kamerun stammenden Krefelder Studenten hatte sich die NPD-Krefeld öffentlich mit den Tätern solidarisiert. Auf Flugblättern und auf ihrer Homepage machte die NPD das Opfer zum Täter. An jedem der drei Prozesstage wurden Sandy S. und Michael J. durch den Vorsitzenden der NPD-Krefeld und zahlreiche andere Rechte unterstützt. Auch am letzten Verhandlungstag waren ca. zehn NPD – Anhänger und vier ältere Männer aus dem Umfeld des rechtsextremen „Krefelder Forum freies Deutschland“ anwesend, darunter auch Hans-Ulrich-Hoefs, der Sprecher des „Forums“. Unterstützer des Opfers wurden im Gerichtssaal bedroht, so war auch von „vorläufigem Erschießen“ die Rede. Selbst die Anwälte der Angeklagten kommen aus dem rechten Spektrum, der ehemalige Vizevorsitzende der Republikaner -Björn Clemens - baut nun die rechtsextreme Partei „pro-NRW“ auf. Rechtsanwalt Lober warf der Richterin in seinem Schlussplädoyer indirekt Befangenheit vor und sprach implizit von Gesinnungsjustiz. Dieser hochpolitische Hintergrund des Verfahrens wurde nicht von der Staatsanwaltschaft thematisiert. Der Staatsanwalt forderte nur eine geringe Bestrafung, entsprechend milde fielen die Urteile aus. Auch die Presseberichterstattung ging nach dem Prozess nur am Rande auf die rechte Gesinnung der Verurteilten und auf ihr Umfeld ein. Im Sinne von Demokratie und Menschenrechten stellte sich an Justiz und Presse eine Kernfrage: Werden der NPD und ihren rassistischen Schlägern deutliche Grenzen gesetzt? Die mangelhafte Erhellung der rechten Verfahrenshintergründe und die milden Urteile leisten dies in keiner Weise. Dem Kampf gegen die rechten Demokratiefeinde haben so weder Presse noch Staatsanwaltschaft geholfen. Die NPD-Krefeld und ihr Umfeld wurden eher ermutigt.

*Stephan Hagemes*

---

Liebe Leserin, lieber Leser Ihre Meinung ist uns wichtig.

Schreiben Sie bitte unter Angabe Ihrer Adresse und Telefonnummer an

DIE ROTE KRÄHE

c/o Klaus, Alexanderstr. 17, 47798 Krefeld

[redaktion@die-rote-krache.de](mailto:redaktion@die-rote-krache.de)

Leserbriefe werden evtl. gekürzt, aber nie sinnentstellend wiedergegeben.

Sperrvermerke werden berücksichtigt, sonst nur Ihr Vor- und Nachname gedruckt.